



## Vorlage Stadtparlament

vom 17. Februar 2011

Nr. 2839

Stadtparlament: Interpellationen

### **Interpellation Johannes Hofstetter: Parkierordnung in der Stadt St.Gallen; schriftlich**

Johannes Hofstetter sowie 30 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 7. Dezember 2010 die beiliegende Interpellation "Parkierordnung in der Stadt St.Gallen" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Das öffentlich zugängliche Parkplatzangebot soll die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Wirtschaft, der Kultur- und Freizeitnutzungen berücksichtigen. Mit dem Erlass des „Reglements über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Erweiterte Blaue Zone)“ vom 15. Mai 1990<sup>1</sup> wurden die rechtlichen Grundlagen zur Entlastung der vom Parkierverkehr stark belasteten zentrumsnahen Wohnquartiere geschaffen. Angestrebt wurden neben der verkehrslenkenden Wirkung die Begünstigung der Anwohnenden sowie die Schaffung eines Anreizes zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel für Pendlerinnen und Pendler. Mit dem Erlass dieses Reglements wurde die Erweiterte Blaue Zone (EBZ) eingeführt. Dieses Reglement wurde mittels Totalrevision durch das Reglement über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Parkierreglement) vom 28. November 2006<sup>2</sup> ersetzt und an die veränderten Verhältnisse angepasst.

---

<sup>1</sup> sRS 712.2.

<sup>2</sup> sRS 712.2; abgekürzt PaR.



Die Erweiterte Blaue Zone wurde ab September 1992 gestaffelt eingeführt. Den Bedürfnissen der Bevölkerung wird bei der Gestaltung der EBZ jeweils soweit als möglich Rechnung getragen: So wurde im Jahr 2004 eine reine Anwohnerprivilegierung in Sektor 20 aufgrund der besonderen verkehrlichen Situation im Umfeld der Arena St.Gallen realisiert. Dadurch wurden 120 Parkplätze in den Wohngebieten Krüzern und Russen von Montag bis Samstag der Erweiterten Blauen Zone (EBZ) mit Anwohnerbevorzugung zugeführt. Dadurch wird verhindert, dass die anzahlmässig knapp bemessenen Parkplätze in diesem Perimeter durch quartierfremde Dauerparkierer belegt und die Wohngebiete durch Suchverkehr belastet werden. Die Schaffung von weiteren Sektoren, die ein zeitlich unbeschränktes Parkieren ausschliesslich für Anwohnende und deren Gäste vorsehen, ist aber nur in Ausnahmefällen vorgesehen. Die Ausdehnung der EBZ auf die ganze Stadt wird in den Jahren 2011 bis 2013 umgesetzt.

Der Bestand an Parkplätzen in der Erweiterten Blauen Zone ist seit dem Jahr 1996 praktisch konstant und fluktuiert um den Wert von 5'000. Zuzüglich den bewirtschafteten Parkplätzen und den Parkplätzen in Tiefgaragen standen Ende 2009 in der Stadt 10'917 öffentlich zugängliche Parkplätze zur Verfügung; dies sind 2,3 Prozent mehr Parkplätze als im Vorjahr (+ 251 Parkplätze).<sup>3</sup> Der Hinweis des Interpellanten, es würden in den Wohnquartieren laufend Parkplätze reduziert, trifft damit nicht zu. Richtig ist indessen, dass im Innenstadtbereich in der jüngeren Vergangenheit Saldierungen von Oberflächenparkplätzen realisiert werden konnten, weil ein entsprechendes Angebot öffentlicher Parkplätze in Tiefgaragen geschaffen wurde. Die Altstadt kann dadurch wesentlich von Parkplatz(such-)verkehr entlastet werden. Die Saldierung erfolgt auf der Grundlage geltender Umweltvorschriften: Gemäss dem Massnahmenplan Luftreinhaltung ist die Zahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze auf öffentlichem Grund plafoniert.

Der Stadtrat beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

*1. Auf welcher Grundlage werden schleichend Parkplätze in den Wohnquartieren reduziert?*

Der Stadtrat verfolgt nicht die Zielsetzung, das Parkplatzangebot in den Quartieren abzubauen. Im Zusammenhang mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Schaffung von Haltestellen sind aber teilweise Aufhebungen von Parkfeldern notwendig. Dies war beispielsweise bei der neu geschaffenen Linie 12 der VBSG der Fall. Zudem sollen gegebenenfalls öffentlich zugängliche Oberflächenparkplätze entlang des übergeordneten

---

<sup>3</sup> Statistisches Jahrbuch der Stadt St.Gallen, Bestand öffentlicher Parkplätze seit 1999, Tabelle 11\_3, S. 73.



Strassennetzes, insbesondere entlang der Hauptkorridore des öffentlichen Verkehrs, aufgehoben werden, um verkehrliche Konflikte zu reduzieren und den öffentlichen Verkehr zu privilegieren. Die in der Interpellation erwähnten, baustellenbedingten Parkplatzaufhebungen, beispielsweise zur Realisierung des Glasfasernetzes, lassen sich nicht vermeiden. Ein Ersatz in unmittelbarer Nähe zu den temporär wegfallenden Parkplätzen ist in der Regel nicht möglich. Die Beeinträchtigung des Parkplatzangebots in den Quartieren erfolgt jeweils nur so lange als unbedingt notwendig. Die Bevölkerung hat grösstenteils Verständnis für den vorübergehenden Wegfall einzelner Parkplätze.

2. *Was soll ein Anwohner/in und Steuerzahler/in machen, wenn einfach kein Parkplatz vorhanden ist, wenn er/sie nach Hause kommt?* Grundsätzlich besteht kein Anspruch auf einen freien Parkplatz. In aller Regel ist das Angebot an EBZ-Parkplätzen aber ausreichend. Es ist allerdings denkbar, dass sich freie EBZ-Parkplätze nicht in unmittelbarer Nähe zur Wohnung befinden. Aus Gründen der Verkehrssicherheit unzulässig ist das Parkieren ausserhalb der Markierungen. Darauf weist die Stadtpolizei in der vom Interpellanten erwähnten Medienmitteilung hin. Insbesondere das Abstellen von Fahrzeugen im Bereich von Kurven und Verzweigungen stellt eine erhebliche Gefahr dar.
3. *Wieso sieht man immer wieder bei PW's mit ausserkantonalen Kontrollschildern die Bewilligungskarte für die blaue Zone der Stadt St. Gallen?* Mit Ausnahme des oben erwähnten Sektors 20 besteht keine reine Anwohnerprivilegierung in der EBZ. Den Anwohner/innen gleichgestellt sind geschäftsführende Personen in dem Sektor, in welchem der Betrieb domiziliert ist.<sup>4</sup> Tages- und Pendler-Parkbewilligungen können ebenfalls von ausserkantonalen Automobilistinnen und Automobilisten erworben werden. Derzeit kostet eine Pendler-Parkbewilligung monatlich CHF 102.00, eine Tageskarte CHF 7.00. Die Monatsgebühr für die Anwohner-Parkbewilligung beträgt CHF 30.00. Jährlich werden etwa 95'000 Tages-, 35'000 Anwohner- sowie 3'000 Pendler-Parkbewilligungen zur Verfügung gestellt.
4. *Können Baubewilligungsgesuche für Garagen und Parkplätze auf privatem Grund beschleunigt behandelt werden?* Eine beschleunigte Behandlung solcher Baugesuche ist aus rechtlicher Sicht nicht möglich und aufgrund der Erfahrungen auch nicht notwendig. Das Erstellen von Garagen oder Parkplätzen setzt ein Baubewilligungsverfahren voraus,

---

<sup>4</sup> Vgl. Art. 7 Parkierreglement.



das an Fristen gebunden ist. In der Regel findet das ordentliche Verfahren statt.<sup>5</sup> Dazu gehört das Anzeige- und Auflageverfahren mit einer Frist von 14 Tagen. Nach den einschlägigen kantonalen Bestimmungen beträgt die Maximalfrist für die Bearbeitung eines vollständig eingereichten Baugesuches ohne Einsprachen 8 Wochen, mit Einsprachen 12 Wochen.<sup>6</sup> In der Stadt werden rund 60 Prozent der Baugesuche in weniger als 30 Tagen entschieden. Darunter fallen auch unproblematische Baugesuche für Garagen oder Autoabstellplätze. Das Amt für Baubewilligungen bietet eine Bauberatung an, die zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren beiträgt und Lösungsvarianten sucht.

*5. Wie ist der Parkplatzabbau in den Wohnquartieren mit der Standortförderung vereinbar?*

Vgl. Antwort zu Frage 1.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation vom 7. Dezember 2010

---

<sup>5</sup> Vgl. Art 82 des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz) vom 6. Juni 1972 (sGS 731.1).

<sup>6</sup> Vgl. Art. 3 in Verbindung mit Anhang 3 der Verordnung über Verfahrenskoordination und Fristen in Bausachen vom 24. November 1998 (sGS 731.21).

